



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zur Bismarcklegende

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zur Bismarcklegende



un, diese Unzufriedenheit also auf die Regierung abzuwerfen, die Regierung anzuklagen, das ist ja der Presse gar nicht schwer. Das Motiv, warum wir mit unsern Reformen nicht vorwärts kommen, ist, daß es so sehr viel Leute gibt, die gar kein Bedürfnis und keine Neigung haben, der jetzigen Regierung bei irgend einer Verbesserung zu helfen. Es ist eine alte Whistregel: „Dem Feinde kein Stich!“ Das heißt für Sie, der Regierung kein Erfolg, denn „der Feind“ bei uns ist die Regierung. (Oho! und Unruhe links. Sehr richtig! rechts.) Wie bereitwillig acceptierte der deutsche Wähler stets die Behauptung, daß er eine Regierung hat, mit der er unzufrieden zu sein berechtigt ist; es ist ihm sogar nicht unlieb, wenn er eine solche wirklich hat, denn er hat noch so viel Gewissen, daß er sich doch zuzeiten schämt, auf die Regierung, die es nicht verdient, zu schimpfen. Hat er eine, auf die er mit Recht schimpfen kann, so ist es ihm eine angenehme Satisfaktion. Das war das Erzeugnis der Politik in frühern Zeiten, wo die Regierungen im ganzen, ich will nicht sagen schlechter und ungeschickter waren, aber sich weniger aus Eindrücken machten und mehr Macht hatten; da war das Schimpfen berechtigt, und es gehört zum deutschen Bedürfnis, beim Biere von der Regierung schlecht zu reden, und wer den Ton anschlägt, der hat noch heute Wähler, von dem sagt man: Das ist unser Mann, für den stimmen wir, das ist kein Regierungsmensch, der ist nicht servil, der wird dem Kanzler „den Willen brechen.“ — So sprach sich Fürst Bismarck im deutschen Reichstag am 12. Juni 1882 mit tiefem Unmut über die Stimmung und die Stimmungsmache im Lande aus. Es wird wohl niemand behaupten wollen, daß sich während eines Vierteljahrhunderts daran viel geändert habe. In allen Ecken rumoren nach wie vor die unruhigen Geister, denen angeblich zu wenig geschieht, oder denen das, was geschieht, nie recht ist, die Geister der Unzufriedenheit und des innern Haders, woran es unserm Vaterlande zu allen Zeiten des Friedens niemals gemangelt hat, und die immer bestrebt sind, der Gegenwart die Freude am Erreichten zu vergällen. Ihnen ist es wirklich eine „angenehme Satisfaktion,“ mit Recht und in Wahrheit behaupten zu können, daß Bülow kein Bismarck ist.

Deutschland hat doch nicht das Recht, von der Weltordnung zu verlangen, daß zu jeder Zeit ein Bismarck als leitender Staatsmann neben und vor dem Kaiser stehe, aber es hat leider das ständige Unglück, diesen, nie aussterbenden Stamm von Mörglern zu haben, die das und noch manches andre nicht einsehen. Da wir nicht immer einen Bismarck als leitende Spitze haben können, so sollten doch eigentlich in den Zeiten, wo es nicht der Fall ist, wie eben heutzutage, alle die, die ein Herz fürs Vaterland haben, nun mit Eifer dahin streben, den Mangel, den uns das Geschick auferlegt hat, durch eigne einmütige und patriotische Haltung auszugleichen. Das wäre ebenso logisch wie vaterländisch gedacht, freilich brächte man sich damit um die „angenehme Satisfaktion,“ dem Reichskanzler vorzuwerfen, daß er kein Bismarck sei. Man hat das in derselben Weise gegenüber dem Grafen Caprivi und auch gegenüber dem Fürsten Hohenlohe getan, als er mit seinem reinen Namen in die Bresche getreten war zu einer Zeit, wo so vieles gänzlich verfahren schien im lieben Vaterlande. Etwas glimpflicher scheint man jedoch den Grafen Bülow zu behandeln; wenn man aber genauer zusieht, geschieht das auch weder aus neu erwachsener patriotischer Einsicht, noch aus vermehrtem Gerechtigkeitsgefühl, als vielmehr unter dem Drucke, daß er seinen Angreifern recht kräftig zu dienen versteht mit glänzender rednerischer Begabung, die seinem Vorgänger versagt war. Der in dieser Gestalt erreichten Zurückhaltung ist leider wenig politischer Wert beizumessen, am wenigsten ist dabei von der Erkenntnis zu verspüren, daß man durch eine patriotischere Gesamthaltung den Nachteil ausgleichen müsse, daß wir eben keinen Bismarck mehr haben.

Dem Reichskanzler Bülow liegt die schwere Aufgabe ob, manche Fehler seiner Vorgänger wieder gut zu machen, und wenn er dabei guten Willen beweist, so sollten ihn alle nationalen Parteien unterstützen, statt ihm bei jeder Gelegenheit politische Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Das konnte wohl noch einem Bismarck gegenüber geschehen, der über ein volles Maß von selbst-erworbnem und durch den Gang der Weltereignisse geschaffnem Ansehen verfügte, aber bei jedem seiner Nachfolger ist dieses Vorgehen unangebracht, denn es setzt Deutschland andern Nationen gegenüber in Nachteil. In allen Staaten steht in jeder Frage mit dem Auslande die Bevölkerung einmütig hinter ihrem Minister, bei uns ist es in der Regel nicht der Fall, nicht einmal unter dem Fürsten Bismarck war es so. Dadurch leidet die Autorität unsrer Staatsmänner vor dem Auslande und vermindert sich auch die Unterstützung, deren sie im eignen Lande bedürfen. Das Manko, das dadurch entsteht, kann dann höchstens durch das hohe Ansehen, dessen sich Kaiser Wilhelm der Zweite im Auslande unbestritten erfreut, und den tiefen Respekt vor unsrer Wehrhaftigkeit ausgeglichen werden. Und merkwürdigerweise sind unter denen, die an dieser Verschuldung gegen das Vaterland teilnehmen, nicht nur die gewohnheitsmäßigen oppositionellen Schreier, von denen man ja nichts andres erwartet, sondern auch Leute, an deren reichsdeutscher Gesinnung sonst nicht zu zweifeln wäre, die aber doch keine Gelegenheit vorübergehn lassen, bittere Bemerkungen über die angebliche Schwäche der Reichsregierung zu machen. Glauben sie, sie damit zu stärken? Man braucht noch lange nicht mit jedem Entschluß

und jeder Handlung unsrer leitenden Staatsmänner einverstanden zu sein, und man wird auch die Pflicht üben, seine Meinung darüber freimütig und in anständiger Form auszusprechen; aber was sollen die unausgesetzten Sticheleien darüber, daß der Kaiser und Bülow nur Reden halten, daß sie überallhin „Verbeugungen“ machen, daß sie nicht „mit Kürassierstiefeln“ auftreten, wie Bismarck seinerzeit getan haben soll? Eine solche spöttelnde Herabsetzung ist unbillig und um so unziemlicher, als die Leute, die sich dieser Ausdrucksweise bedienen, doch gar nicht berufener oder einsichtsvoller sind als andre, denen Erziehung und Anstand verbieten, einen solchen Ton anzuschlagen. Die Methode ist auch gänzlich unangebracht, denn sie ändert nichts und ist am wenigsten geeignet, den Mangel an Ansehen und Einfluß auszugleichen, den Deutschland nun einmal dadurch erleidet, daß sein Reichskanzler nicht mehr Bismarck heißt. Dafür kann doch heutzutage kein Mensch mehr, und es ist die höchste Zeit, uns mit Verstand in dieser Lage zurechtzufinden. Nur ein wenig mehr Einsicht müßte zu dieser Erkenntnis führen, freilich würde man dabei um das hergebrachte Vorrecht des deutschen politischen Philisters, um die „angenehme Satisfaktion“ kommen, auf die Regierung schimpfen zu können.

Einen so günstigen Boden zu beackern, ist nicht schwer, und der in der Gegenwart sehr ungefährliche „Männerstolz vor Königsthronen“ ist eifrig dahinterher, dem zum Mörgeln geneigten deutschen Wähler so zu kommen, daß er sagt: „Das ist unser Mann, für den stimmen wir, der ist kein Regierungsmensch, der ist nicht servil, der wird dem Kanzler den Willen brechen.“ Das ist einfacher Stimmenfang, und Mut „nach oben“ gehört dazu gar nicht, wohl aber eine tüchtige Portion Byzantinismus „nach unten.“ Mut gehört heutzutage eher dazu, diese Methode als das zu bezeichnen, was sie ist, und das deutsche Volk zu ermahnen, sich nicht durch ein Parteigaukelspiel, von dem ja nur die Sozialdemokratie den Nutzen haben kann und auch tatsächlich hat, über sein wirkliches Wohl und Wehe täuschen zu lassen. Daß hierzu wirklich, wenn auch gerade kein besondrer Grad von Tapferkeit, so doch ein gewisser Mut gehört, hat die Aufnahme des Grenzbotenartikels „Reichsverdroßtheit und Bismarcklegende“ gezeigt. Allerdings wiegt dabei die offene Zustimmung wirklich unabhängiger nationaler Blätter, wie der Schlesischen Zeitung und der Täglichen Rundschau, die Klagen und Angriffe derer, die sich getroffen fühlten, mehr als hinreichend auf; bezeichnend ist aber die Art und Weise der Entgegnungen. Wenn sich die Deutsche Tageszeitung vor den Bauch gestoßen fühlt, so soll ihr die Berechtigung dazu nicht abgesprochen werden, denn sie ist das Blatt des Bauernbundes, dem der Grenzbotenartikel zwar vollkommen das Recht, seine agrarischen Forderungen geltend zu machen, zugestanden hat, aber die dabei getriebne demagogische Agitation als „verderblich und verwerflich“ bezeichnet. Diesem direkten Vorwurfe geht das Blatt mit einem großen Bogen aus dem Wege, glaubt die „Bismarcklegende“ damit zu erlebigen, daß es sie selbst für eine Legende erklärt, und kommt dann zu dem Schlusse, die heutigen Vorwürfe gegen den Grafen Bülow unterschieden sich im wesentlichen von den seinerzeit gegen den Fürsten Bismarck gerichteten dadurch, daß sie von den „nationalen Kreisen,“ den „berufensten Trägern der Staatserhaltung“ aus-

gingen. Ungefähr dasselbe haben ja aber die Grenzboten auch gesagt und gerade das als bedenklich bezeichnet; es kann sich also nur darum handeln, ob man diese Agitation als „national“ bezeichnen kann.

Der guten Zwecke rühmt sich jedermann; zum Träger der Staatserhaltung ist jeder berufen, und wer sich dessen bewußt ist, mag sich national nennen. Aber mit dem berufen sein und sich selbst nennen ist die Sache doch nicht abgetan; es kommt da noch zweierlei in Betracht: erstens, daß keine Selbsttäuschung mit unterläuft, daß man den Beruf nicht verfehlt, und zweitens, was auch andre Leute dazu meinen. Es hat sich nun im vergangnen Jahre einiges ereignet, was den Grenzboten nicht Unrecht gibt. Während bei den letzten Reichstagswahlen die Konservativen, die doch alle agrarischen Forderungen unterstützen, sehr günstig abgesehen haben, konnten gerade die ausgesprochenen Agitatoren des Bauernbundes kein Mandat erlangen, bei der Reichstagsnachwahl in Frankfurt an der Oder sind die Maßnahmen des Bauernbundes von der konservativen Parteileitung direkt desavouiert worden. Da nun niemand weder den konservativen Wählern noch der konservativen Parteileitung, die doch auch agrarisch ist, die nationale Gesinnung absprechen wird, so liegt da offenbar, wie man heutzutage zu sagen pflegt, eine „Unstimmigkeit“ vor, die es wünschenswert machen kann, daß die Agitatoren des Bauernbundes untersuchten, ob sie ihren Beruf nicht verfehlt hätten, und daß sie den nationalen Wert ihres Auftretens einer sorgfamen Nachprüfung unterzögen. Doch das ist jedermanns eigne Sache; die Herren werden ja wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, aber die Berufung auf die „besonnenen, ruhigen, nationalen Kreise“ konnte nicht ganz unwidersprochen hingehn. Die Deutsche Tageszeitung bezieht sich auch bloß auf die Opposition der achtziger Jahre gegen Bismarck, die Grenzboten hatten aber mit gutem Grund keinen wesentlichen Unterschied zwischen der Opposition der sechziger und der achtziger Jahre gemacht. Ob von den Widersachern aus der letztgenannten Zeit nicht auch viele glaubten, „national“ zu sein, mag dahingestellt bleiben; daß sich aber die „Demokraten aller Schattierungen“, die 1862 bis 1866 die große Opposition führten, für wirklich und wahrhaft „national“ gehalten haben, steht bombensfest. Sie warfen dem Manne, den wir mit Recht als den Schöpfer des Reichs verehren, tagtäglich vor, daß er vor Rußland krieche, daß er Preußen vor dem Auslande erniedrige, daß er als Verräter an Deutschland handle, daß er Schleswig-Holstein wieder an Dänemark ausliefern wolle und dergleichen mehr. Sie alle, sogar der Meuchelmörder, der acht Wochen vor der Schlacht von Königgrätz Bismarck auf offener Straße niederzuschießen versuchte, glaubten aus nationalen Antrieben zu handeln; die Geschichte hat sie doch als Demagogen erkannt. Diese geschichtliche Tatsache beweist auch, daß es keineswegs genügt, sich selbst für „national“ zu halten. Die heutige Opposition gegen Bülow ist genau in derselben Lage wie die „Demokratie aller Schattierungen“ in der ersten Hälfte der sechziger Jahre; diese wußte von Bismarck ebenso wenig, wie man heute von Bülow weiß, aber sie maßte sich an, den „nationalen“ Richter über Bismarck zu spielen, und wurde durch den Gang der Ereignisse empfindlich bloßgestellt. Hierin liegt zwar kein Argument für Bülow, von dem man noch zu wenig weiß, aber sicher eins gegen

die heutige Opposition, soweit sie sich in demagogischen Formen bewegt, und gegen diese allein wenden sich die Grenzboten.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt auch, sie „möchte die Grenzboten denn doch fragen, bei welcher Gelegenheit Graf Bülow dem Auslande »mit aller Entschiedenheit« gedient habe. Uns ist davon nichts bekannt geworden, obgleich wir uns guter Beziehungen erfreuen.“ Dieser können sich freilich die Grenzboten nicht rühmen, aber sie wüßten auch nicht, was sie damit anfangen sollten in einem Falle, wo es sich nur um die Kenntnis öffentlicher Vorgänge handelt. Es ist begreiflich, daß bei der kurzen Reichskanzlerschaft des Grafen Bülow ihm nicht oft Gelegenheit geboten worden ist, dem Auslande „mit aller Entschiedenheit“ zu dienen, wenn er sie nicht mit den Haaren herbeiziehn wollte. Das meiste dürfte in diplomatischen Aktenstücken ruhn, von denen die Deutsche Tageszeitung trotz ihren guten Beziehungen ebenso wenig wissen kann wie die Grenzboten ohne solche. Was aber öffentlich bekannt ist, gibt den Grenzboten nicht unrecht. Es ist da doch die Abfertigung Chamberlains in der Sitzung vom 8. Januar 1902 zu erwähnen, die in der Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Grafen Stolberg wegen der Äußerungen des englischen Kolonialministers über die deutsche Kriegführung 1870/71 enthalten war. An dieser Abfertigung hatten Fronie und Laune ebenso viel Anteil wie nüchterne Erwägung und ruhiges Kraftbewußtsein, und sie rief in England die größte Aufregung hervor. Dort faßt man den Begriff „national“ eben anders auf als in Deutschland; die gesamte Presse trat für Chamberlain ein, und niemand sagte ihm, daß er eine große Taktlosigkeit begangen habe, noch weniger warf man ihm vor, daß er geringer sei als einer seiner Vorgänger. Die Erbitterung stieg so hoch, daß es König Eduard, um der Sache die Spitze abzuknicken, für gut fand, offiziell bekannt machen zu lassen, er werde seinen Sohn, den Prinzen von Wales, zum Geburtstag des Kaisers Wilhelm nach Berlin senden. Der Zorn der Briten nahm aber erst eine andre Richtung, als verlautete, daß Prinz Heinrich eine längere Reise nach den Vereinigten Staaten unternehmen werde. Die deutsche Presse hat den damaligen Vorgang meist nur oberhin behandelt, vielleicht auch anders oder zum Teil gar nicht verstanden, aber es war doch so. Heutzutage erinnern sich schon Zeitungen mit den besten Beziehungen nicht einmal mehr daran.

Das wäre eigentlich für die kurze Laufbahn Bülows im Amte genug, man kann aber auch an die Reichstagsitzung vom 21. Januar 1903 erinnern, in der er auf den vom Abgeordneten von Kröcher erhobnen Vorwurf der Schwäche der Reichspolitik selbst erwiderte und auch wiederholte, daß Deutschland nach wie vor niemand nachlaufe. Er fügte dann noch einige nützliche Andeutungen bei, u. a. daß jeder Kaufmann wisse, Geschäfte brauchten nicht notwendig mit schlechten Manieren geführt zu werden, daß Grobheit nicht Würde und Kratzbürstigkeit nicht Festigkeit sei. — Nun ist ja freilich zuzugeben, daß das Bedürfnis einzelner nach Grobheiten anderer gegen dritte unbegrenzt sein kann, und daß es auch Leute gibt, die vermeinen, beim Kartenspiel, wenn sie einen Trumpf oder ein Daus ausspielen, so auf den Tisch aufschlagen zu müssen, daß das ganze Zimmer belästigt wird. Bei solchen Dingen spielen Erziehungs-

Geschmacks- und Taktfragen ihre Rolle, und man darf annehmen, daß Graf Bülow, wenn er bei jeder Gelegenheit öffentlich mit derben Worten gegen das Ausland losfahren wollte, wie das in einem Teil der Presse üblich ist, in den erwähnten Kreisen auf große Zustimmung rechnen könnte. Er hat aber als verantwortlicher Leiter der Reichspolitik wohl eine andre Aufgabe, als nach einer so billigen Popularität zu streben. Wenn man heutzutage gewisse Leute über die „Rüfflerstiefel“ reden hört, die Bülow im Verkehr mit dem Ausland anziehen müsse, da hat man wirklich oft den Eindruck, daß sie eigentlich gewöhnliche Schmierstiefel meinen. Alldem gegenüber ist daran festzuhalten, daß der Reichskanzler, heiße er Bülow oder anders, als verantwortlicher Vertreter des Deutschen Reichs, das den Anspruch hat, an der Spitze der Kulturstaaten zu stehn, in jedem Fall und zu jeder Zeit die „Form und Sprechweise des wohl erzogenen vornehmen Mannes“ zu beobachten und zu wahren hat, wie Freiherr von Mittnacht in den neusten Veröffentlichungen über Bismarck wieder von diesem rühmt. Das ist Bismarckische Tradition, eine andre gibt es nicht, daran müssen sich seine Nachfolger halten, und sie richten sich auch danach. Weitere Volks- und Preßbedürfnisse nach mehr staatsmännischer Grobheit können nicht berücksichtigt werden.

Es könne „doch kein Mensch zweifeln, daß wir im Auslande nicht mehr so ernst genommen werden wie früher,“ behauptet das bauernbündlerische Blatt weiter. Für jedermann, der nur einigermaßen im Auslande bekannt ist, erscheint diese so oft wiederholte Behauptung deutscher Blätter einfach unwahr. Es ist weder in Rußland noch in England, weder in Frankreich noch in Italien, noch gar in Oesterreich etwas davon zu bemerken. Allerdings wissen die Leute im Ausland auch, daß wir keinen Bismarck mehr haben, sie geben sich aber durchaus nicht der Täuschung hin, daß nun ihre Staatsmänner den deutschen ohne weiteres überlegen sein müßten. Nachdem man sich überzeugt hat, daß Kaiser Wilhelm der Zweite die Friedenspolitik fortsetzen wird, und auch die ansehnliche Heeres- und Flottenvermehrung ausschließlich diesem Zwecke dient, gilt überall der deutsche Reichskanzler als Reichskanzler, einerlei, wie er heißt, und der Kaiser wächst von Jahr zu Jahr an Ansehen, man beneidet uns um ihn und vermag das Verhalten der deutschen Parteien und Zeitungen, die ihn und seine Kanzler fortwährend herabzusetzen suchen, einfach nicht zu begreifen. Im allgemeinen legt man im Ausland auf deutsche Zeitungsmeinungen wohl wenig Wert, wenn sie nicht zu Verhezungszwecken verwendbar sind, von ihrem Benörgeln des Kaisers und des Kanzlers nimmt man aber kaum Notiz, weil jedermann weiß, daß dahinter nichts andres steckt als das sattfam bekannte Schimpfen der Deutschen über jede Regierung, das ihnen eben eine „angenehme Satisfaktion“ ist. Und wenn die Deutsche Tageszeitung nicht glaubt, daß diese „kritische Stimmung“ in die nationalen Kreise „hineingeschrieben und hineingetrieben“ sei, so irrt sie; man hat eine unglückliche Eigentümlichkeit des deutschen Volks benutzt, durch jahrelange Bearbeitung und Wiederholung desselben Themas eine Stimmung zu erzeugen, die in keiner Richtung berechtigt, dagegen in hohem Maße unflug und schädlich ist. Das Deutsche Reich macht geradezu den Eindruck einer Bierstube, die die Führer mit übelduftenden Parteipfeifen vollgequalmt haben; das ist ihnen eine „angenehme Satisfaktion,“ und sie ge-

denken, so bis vier Uhr sitzen zu bleiben. Wer auf diese stickige Atmosphäre aufmerksam macht, der läuft Gefahr, entweder „mit Küraffierstiefeln“ angedredet zu werden oder gar seinen Drang nach frischer Luft einfach durch Hinausbeförderung erfüllt zu sehen. Man gefällt sich in der selbstgeschaffnen Atmosphäre, sie entspricht einer althergebrachten Gewohnheit, sie gewährt eben die bekannte „angenehme Satisfaktion.“

Ja, wenn man im Auslande die Deutsche Tageszeitung und andre Blätter, die in diesem Falle mit ihr in demselben Sinne schreiben, wirklich ernst nehmen sollte, dann würde man freilich Deutschland „nicht mehr so ernst nehmen wie früher,“ man zieht aber draußen vor, lieber die Blätter nicht ernst zu nehmen, denn man erinnert sich noch deutlich, daß vor vierzig Jahren, als man die öffentliche Meinung in Deutschland noch ganz anders verqualmt hatte, mit dem ersten ernstesten Schritt von Berlin aus der ganze Dunst verflog. Man weiß, was von der gemachten öffentlichen Meinung in Deutschland zu halten ist. Das können alle Leute, die nicht bloß „zwischen Häusern und Zeitungen leben,“ gerade im Auslande deutlich erfahren, wenn sie sich nicht bloß zum Vergnügen und Zeitvertreib dort aufhalten. Daß „wir uns in Höflichkeiten gefallen und überbieten, die hin und wieder den Eindruck machen, als ob sie verschwendet seien,“ ist auch nur eine häufig wiederholte Redensart, die auf Leute berechnet ist, die von Höflichkeit nichts halten. Einem Hinterwäldler können die einfachsten Höflichkeitsformen der gebildeten Welt höchst lächerlich vorkommen. Wenn Deutschland bei dem heutigen Gedränge in der Weltpolitik, um seinen „Platz an der Sonne“ zu behaupten, nicht mit der vollendetsten Höflichkeit vorgehn wollte, würde es auf ernste Schwierigkeiten stoßen, denn der Meid, von dem es wegen seiner Erfolge ringsum umgeben ist, bedarf keiner großen Anreizung, wenn er losbrechen soll. Wer im Gedränge mit Rippenstößen anfängt, kann leicht von allen Seiten Schläge erhalten. Davor schützt uns unsre gebietende Landmacht nicht in allen Richtungen; daß wir uns in der Weltpolitik auch nur die geringste Vernachlässigung diplomatischer Höflichkeit erlauben könnten, dazu fehlt uns die starke Flotte. Englische Staatsmänner konnten sich das erlauben und haben es bis in die neuere Zeit auch zeitweise getan, aber das darf kein Muster für die deutsche Diplomatie sein, um so weniger, als doch niemand daran zweifelt, daß die Abrechnung dafür einmal kommen wird.

Ein unverantwortlicher Journalist oder Parteiführer mag sich eine unhöfliche Behandlung des Auslandes erlauben, ein verantwortlicher Leiter der Reichspolitik darf das nicht, denn nicht er, sondern das ganze Volk hat die Folge davon zu tragen. Ob Bülow, um den es sich gegenwärtig handelt — soweit man nicht den Kaiser selbst meint —, in allen Fällen gerade das richtige getroffen hat, mag dahingestellt bleiben, die Rechnung darüber kann erst in späterer Zeit abgeschlossen werden. Aber die allgemeine Beurteilung der Maßnahmen der Reichsregierung als Schwäche gegenüber dem Auslande ist unberechtigt und verwerflich, obgleich ein Blatt dem andern, ein Parteiführer dem andern den Vorwurf nachspricht, ohne sich schließlich noch etwas dabei zu denken; es ist zur reinen Monomanie geworden. Falsch ist dabei die Berufung auf Bismarck, der der anerkannt höflichste Diplomat der Welt war,

falsch ist der Hinweis auf das Ausland, wo das Ansehen Deutschlands nirgends gesunken ist. Der beste Beweis dafür ist doch der Haß, den fast in allen Ländern eine den dortigen Regierungen meist fernstehende Presse gegen Deutschland zu schüren sucht. Wen man nicht fürchtet, den haßt man auch nicht. Wichtig ist leider nur die Wirkung auf die deutsche Volksstimmung, in der man das Vertrauen zum Kaiser und zur Reichsregierung untergräbt und dadurch den Sozialdemokraten immer mehr Mittläufer zuführt, während die Parteien, deren Vorgeschichte von der Mitarbeit an dem Bismarckischen Werk unglänzt ist, dank ihrer verfehlten Taktik mit Mühe um ihren seitherigen Bestzustand ringen. Im Säen des Mißtrauens wird ihnen die Sozialdemokratie immer „über“ sein, auf diesem Wege blühen ihnen keine Rosen. Es ist für sie die höchste Zeit, daß sie politisch=praktisch werden und sich in die Personen und die Verhältnisse hineinfinden, wie sie eben sind, den Kaiser nehmen, wie er ist, und wie ihn das Ausland längst anerkannt hat, und sich mit seinen Kanzlern im guten auseinanderzusetzen suchen, da man sie mit Herabsetzungen und Verleumdungen doch nicht beseitigen wird. Im Gegenteil: der Kaiser müßte kein Hohenzoller sein, wenn er sich durch solche Agitationen in seinem Rechte, die Kanzler zu ernennen und zu entlassen, beeinflussen ließe.

In der angedeuteten Richtung liegt die einzige Möglichkeit für eine praktische Politik der nationalen Parteien; insoweit sie sich davon entfernen, arbeiten sie der Demokratie, namentlich der umstürzlerischen, in die Hände. Der ewige Vergleich zwischen einst und jetzt macht ungerecht und müßte, wenn er in richtiger Kenntnis der Geschichte geführt würde, eigentlich zur Folge haben, daß man den Nachfolgern Bismarcks eine kräftigere Unterstützung bringen müsse, als zu den Zeiten des Altreichskanzlers üblich war. Statt dessen verstärkt man die damalige Opposition jetzt noch aus „nationalen“ Kreisen, meist unter einer verfehlten Berufung auf Bismarck. Man ist dadurch in eine gänzlich unfruchtbare Stellung geraten, aus der heraus man der Gegenwart nicht mehr gerecht zu werden vermag. Darauf hinzuweisen und zur Besonnenheit zu mahnen, das ist der Zweck der Grenzboten gewesen, nicht „mit einem ungewöhnlichen Eifer die Verteidigung der jetzigen Regierungspolitik zu führen.“ Sie unterlassen es zwar in keinem Falle, ihre Leser auf die gewöhnlichen Übertreibungen der Opposition aufmerksam zu machen, aber es ist dabei ganz gleichgültig, ob der Reichskanzler Bülow heißt oder anders. Seinem Nachfolger wird es ja, ebenso wie seinen Vorgängern, nicht anders gehn, wenn gewisse Richtungen ihren bisherigen verfehlten Standpunkt nicht verlassen, und vielleicht noch schlimmer, wenn er minder schlagfertig sein sollte. Den Grenzboten kommt es nicht auf Personen an, sondern auf die Sache, sie wenden sich nur gegen eine falsche und gänzlich aussichtslose Methode. Dies der Deutschen Tageszeitung als Antwort, die etwas länger ausgefallen ist, weil es notwendig schien, einige Punkte noch klarer zu machen. Eingedenk der Erfahrungen, wie schwer deutsche Parteimänner von vorgefaßten Meinungen abzubringen sind, gedenken die Grenzboten nicht, diese Erörterungen mit dem erwähnten Blatte fortzusetzen. Die Antwort ist ausnahmsweise erfolgt, weil die Deutsche Tageszeitung eine wohl etwas oberflächlich, aber doch sonst an-

ständig gehaltne Erwiderung auf den Artikel „Reichsverdrossenheit und Bismarcklegende“ geschrieben hatte.

Mit der übrigen Schar Angreifer soll summarisch verfahren werden, denn sie haben, was für die Verhältnisse in einem Teil der deutschen Presse bezeichnend ist, alle mit einem Kalbe gepflügt. Eine Berliner Leitartikelfabrik hat ein Opus gegen die Grenzboten geleistet, und eine Reihe, wohl meist nationalliberaler, Blätter hat es ganz oder größtenteils abgedruckt. Es sind Zeitungen darunter, die sich bisher des Rufes vollständiger Unabhängigkeit und selbständiger Arbeit erfreuten — nomina sunt odiosa. Der Fabrikant beginnt mit dem alten Witz der Kleinjournalistik, es lohne längst nicht mehr der Mühe, sich mit den politischen Artikeln der Grenzboten zu befassen, er gibt sie sich aber doch und wahrscheinlich nicht aus dem Grunde, weil seiner reichen Seele gerade nicht gescheiteres eingefallen ist. Seit einem Duzend von Jahren zieht eine Anzahl von Journalisten mit einem künstlich aufgeputzten Bismarck durch das Land und macht damit Geschäfte, diese könnten durch die Grenzboten, die den „Bismarck im Dienst“ wiederherstellen wollen, gestört werden: daher der Eifer. Der Großfabrikant befaßt sich natürlich gar nicht mit einer ernsthaften Widerlegung, sondern greift nur zwei „Beispiele“ heraus, von denen aber das erste so dürftig geraten ist, daß es einzelne Blätter, darunter ein Dresdner, gar nicht mit abdrucken. Im zweiten wird herausgetüftelt, in ihrer Darstellung der europäischen Machtverhältnisse hätten die Grenzboten „militärischen und finanziellen Kleinmut“ zu erkennen gegeben, und das sei bei der Stimmung der Franzosen bedenklich, außerdem hätten sie sich in Widerspruch mit sich selbst gesetzt, indem sie an einer Stelle gesagt hätten, bei einem Kriege mit Frankreich unter den heutigen Machtverhältnissen werde Deutschland einen Teil der Kriegskosten selbst bezahlen müssen, und an einer andern, es könne seine Interessen in Marokko auch vor den Toren von Meké verteidigen. Der Fabrikant scheint Erzeuger von politischen Kinderschuhchen zu sein; für erwachsne Leute und klare Köpfe liegt darin kein Widerspruch. Deutschland hat doch nicht die Expedition nach China unternommen oder bekämpft nicht heute die Hereros, nur um auf seine Kriegskosten zu kommen. Der Fabrikant kann endlich nicht umhin, mit der feige ausgedrückten Verdächtigung zu schließen: „Bereinzelte Stimmen hört man davon reden, daß die Grenzboten zu gewissen Berliner Ministerien Beziehungen unterhalten.“ Jedermann versteht, was das heißen soll. Der Fabrikant, der offenbar der eignen Stimme nichts zutraut, vermutet ohne weiteres, daß Leute, die nicht so klägliches Zeug schreiben wie er, Beziehungen zu Ministerien haben müßten. Den Abnehmern dieses Fabrikats nun, die vielleicht daheim mit der Redaktionschere auf dieses Machwerk gewartet und jedenfalls unbesehen und ungeprüft die feige Verdächtigung abgedruckt haben, einem solchen „Chor der Unmündigen“ sei ein für allemal die Antwort, daß sie samt und sonders, im einzelnen wie im ganzen, gar nicht imstande sind, an die Unabhängigkeit der Mitarbeiter der Grenzboten auch nur heranzureichen.

